



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM  
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 18/2009

27. Januar 2009

### Erfolgreiche Bilanz der „Breitband-Initiative Ländlicher Raum“

Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk: Baden-Württemberg ist in Förderung bundesweit führend

„Baden-Württemberg ist in der Breitband-Förderung bundesweit führend. Insgesamt stehen 22 Millionen Euro für den Auf- und Ausbau eines schnellen Internets im Ländlichen Raum zur Verfügung. Das Land hat damit deutlich mehr Mittel investiert als alle anderen Bundesländer zusammen.“ Dies sagten Ministerpräsident Günther H. Oettinger und der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk, am Dienstag (27. Januar 2009) in Stuttgart. „Wir werden auch weiterhin alles dafür tun, die Verfügbarkeit Neuer Medien flächendeckend zu gewährleisten. Denn die Nutzung eines schnellen Internets ist unabhängig vom Wohn- oder Arbeitsort genauso wichtig wie eine ausreichende Versorgung mit Wasser und Strom.“ Das Land habe seit Dezember 2007 durch die „Breitband-Initiative Ländlicher Raum“ eine Möglichkeit geschaffen, die Gemeinden zu fördern, die aus eigener Kraft den Anschluss an die Datenautobahn nicht schaffen.

### **Schnelles Internet in ländlich geprägten Regionen**

„Gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzlage ist es wichtig, dass wir unseren mittelständischen Unternehmen das Handwerkszeug bieten, um konkurrenzfähig zu bleiben“, betonte der Ministerpräsident. Im Rahmen der Strukturpolitik gelte es nun, Gebiete in Baden-Württemberg, in denen schnelles Internet keine Selbstverständlichkeit sei, zu fördern. Dies betreffe vor allem Gemeinden in ländlich geprägten Regionen. Die fehlende Anbindung könnte für diese Orte ein Wettbewerbsnachteil bzw. ein Attraktivitätsverlust sein, sagten Oettinger und Hauk.

## **Breitbandstrategie des Bundes bedarf Abstimmung mit allen Ländern**

Der Ministerpräsident und der Minister begrüßten die Tatsache, dass der Bund die Notwendigkeit der Forcierung des Breitbandausbaus in der Fläche erkannt habe und dies im Rahmen einer für Februar geplanten Breitbandstrategie umsetzen wolle. Die darin enthaltenen Maßnahmen könnten aber letztlich nur in enger Abstimmung mit den Ländern konzipiert und umgesetzt werden. Auf der Grundlage der bisherigen guten Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum sei eine Abstimmung des Bundesprogramms mit allen Ländern erforderlich, erklärte Hauk.

## **Nutzung aller Technologien sinnvoll**

Der Bund plane bis zum Jahr 2014 für 75 Prozent und bis zum Jahr 2018 für alle Haushalte in Deutschland 50 Megabit pro Sekunde (MBit/s) Bandbreite, was aus heutiger Sicht nur mit kabelgebundenen Lösungen zu erreichen sei, erläuterte der Minister. Mit Blick auf die von der Bundesregierung genannten Zielvorgaben hinsichtlich der Breitbandversorgung erklärte Hauk: „Ein Hochleistungsnetz mit Glasfaserkabeln zu forcieren, ist vernünftig, darf aber den Wettbewerb zum Ausbau einer Breitband-Infrastruktur nicht behindern. Wir erreichen für die Wirtschaft und die Bevölkerung im ländlichen Raum den größeren Nutzen, wenn wir schnell mit 5-10 MBit/s über die Fläche kommen, als wenn wir auf das große Ziel 50 MBit/s Jahre warten müssen. Im dünn besiedelten ländlichen Raum brauchen wir Kreativität und Vielfalt, statt Einheitslösungen. Für die flächendeckende Versorgung müssen wir alle Technologien, von Funk bis Glasfaser nutzen“, betonte der Minister.

## **Verbesserte Förderausschreibungen**

Seit Start der „Breitband-Initiative Ländlicher Raum“ seien bereits zwei Millionen der Mittel investiert worden. Mit der neuen Förderausschreibung ab 12. Dezember 2008 seien weitere Verbesserungen eingeführt worden. Als einen Meilenstein wertete Hauk, „dass es uns als erstes Bundesland gelungen ist, mit der EU abzustimmen, dass die Mindestdatenrate für gewerbliche Nutzung bei Bedarf auf 40 MBit/s angehoben werden kann“. Bisher sei im Hinblick auf den wettbewerbsneutralen Einsatz öffentlicher Mittel der Grenzwert bei 1 MBit pro Sekunde im Down-

load gesehen worden. Bei Bauvorhaben an Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sollen überall dort, wo dies für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur sinnvoll ist, Leerrohre verlegt werden. Für die Straßen des Landes solle hierzu im Staatshaushaltsplan 2009 die haushaltsrechtliche Voraussetzung geschaffen werden. Eine Leerrohrverlegung bei Bauvorhaben an Bundesstraßen mit Bundesmitteln solle ebenfalls ermöglicht werden. „Hier muss sich der Bund bewegen“, forderte Minister Hauk.